

KANTONS RAT

Neuer Kantonsrat



Beat Sieber (FDP, Cham) wurde als Nachfolger von Melanie Schenker vereidigt. Er nimmt auch Einsitz in der Justizprüfungs-kommission.

LSVA-Einnahmen

In einer Motion forderte Thomas Lötscher (FDP, Neuheim) die Verwendung von LSVA-Einnahmen für externe Verkehrskosten. Der Rat erklärte mit 32 zu 31 Stimmen (nach Stichentscheid des Ratspräsidenten) den Vorstoss als nicht erheblich.

Auslandschweizer

Der Kantonsrat stimmte mit 37 zu 28 Stimmen gegen die Einführung des Stimm- und Wahlrechts von Auslandschweizern auf Kantons-ebene.

Pauschalsteuer

Mit 50 zu 17 Stimmen wurde das SP-Postulat zur Abschaffung der Pauschalsteuer als nicht erheblich erklärt. Die SP kündigte eine Initiative an, die Alternative Grüne Fraktion will auch Domizil- und Holdingprivilegien abschaffen.

Englischunterricht

Die Beantwortung einer Interpellation zu neuen Lehrmitteln für den Englischunterricht durch den Regierungsrat wurde zur Kenntnis genommen.

Finanzkrise

Der Rat nahm die Beantwortung einer Interpellation der SP betreffend kantonalen Massnahmen im Hinblick auf die zu erwartende Rezession zur Kenntnis.

Asyl-Nothilfe

Der Rat nahm die Beantwortung einer Interpellation von Stephan Schleiss (SVP, Steinhausen) betreffend Ausrichtung der Nothilfe an weggewiesene Ausländer zur Kenntnis.

Jugendpolitik

Die Motion und das Postulat der SP für nachhaltige Jugendpolitik wurden abgeschrieben. Sämtliche Anträge der Fraktion fanden keine Mehrheit.

Videoüberwachung

Der Kantonsrat hat die Motion von Andreas Hausheer (CVP, Steinhausen) zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Videoüberwachung mit 49 zu 10 Stimmen für erheblich erklärt.

Veloweg

Einen Velo- und Skatingweg ins Sihltal lehnte der Rat ab. Begründung: zu teuer. Jetzt wird nur der Veloweg zwischen Baar und Sihlbrugg verbessert.

Kantonsspital

Das Postulat betreffend Vertretung des Kantons bei der Kantonsspital AG (FDP), die Interpellation zur Versachlichung der Diskussion um das Kantonsspital (SVP) und das Postulat betreffend Situation am Kantonsspital (CVP) wurden abgeschrieben. Die Alternative Grüne will nun die Rechtsform mit einer Spital-Initiative ändern.

Nächste Sitzung

Am Donnerstag, 24. September 2009, findet die nächste Kantonsratssitzung statt. Da der Kantonsrat am Nachmittag das Kloster Menzingen besichtigen wird, dauert die Sitzung nur einen halben Tag.

Infos im Internet: www.zug.ch/kantonsrat

Kantonsspital

«Ich werde Herzblut vergiessen»

Der Kampf um die Rechtsform ist bereits lanciert. Der Gesundheitsdirektor ist unbeeindruckt und vertraut auf seine Argumente.

VON FREDDY TRÜTSCH

Die Spital-Initiative der Alternative Grüne Fraktion geisterte gestern bereits durch den Kantonsratssaal. Vroni Straub (AGF, Baar) liess jedenfalls keinen guten Faden an den Ausführungen des Regierungsrates zu den Postulaten von FDP und CVP sowie den Antworten auf die Interpellation der SVP. Sie alle hatten ein grosses Thema: Wie kann der Regierungsrat Einfluss auf den Verwaltungsrat des Kantonsspitals nehmen? Hat das Kantonsspital die richtige Rechtsform? Fazit seiner Antworten: Er hält die privatrechtliche Form als die richtige. Es sei jedoch der Wille der Regierung, so Regierungsrat Joachim



«Ich freue mich auf den Abstimmungskampf.»

JOACHIM EDER, GESUNDHEITSDIREKTOR

Eder, das Spital unter Beibehaltung der jetzigen Rechtsform näher an den Kanton heranzuführen.

Für Vroni Straub «muss die Regierung komplizierte Drehungen und Wendungen machen, um ihren Einfluss beim Spital einermassen wahrnehmen zu können». Zwischenzeitlich sei zwar Christof Gügler als offizieller Kantons-



Nächstes Jahr müssen die Zuger über die Rechtsform des Kantonsspitals entscheiden.

BILD CHRISTOF BORNER-KELLER

vertreter in den ordentlichen Verwaltungsrat gewählt worden. Das Postulat der FDP sei damit erfüllt. «Grundfalsch», stellt Straub fest. «Da haben wir Zuger ein Spital, das von uns allen finanziert wird. Und der Verwaltungsrat ist dem Kantonsrat keine Rechenschaft schuldig. Finden wir das gut?» Die Antworten der Regierung zeigten, dass nichts gegen eine öffentliche Rechtsform spreche.

Unverständnis für Gewerkschaft

Da stieg der Puls des Gesundheitsdirektors. «Ich freue mich ausserordentlich auf die Spital-Initiative, mit der wir

uns ja in diesem Saal unterhalten werden. Ich werde Herzblut vergiessen.» Vor allem verstehe er die Gewerkschaften nicht, die sich ebenfalls hätten vor den Karren spannen lassen. Das Kantonsspital verfüge über einen Gesamtarbeitsvertrag, das Personal werde hervorragend entlohnt. Die Verbindungen zwischen Kanton und Kantonsspital seien gestärkt worden. Lobend erwähnte er auch die Bettenbelegung im letzten Semester. 89,6 Prozent sei eine beachtliche Zahl.

Silvia Künzli (SVP, Baar) warf ihrerseits der Alternative Grüne politische

Ränkespielchen vor. Denn das sei die Initiative. «Sie wollen nur auf dem Buckel des Spitals Schlagzeilen in den Medien schaffen. Das Wohl des Spitals scheint ihnen offenbar egal zu sein.»

Martin Pfister (CVP, Baar) fasste zusammen, dass die Probleme im Kantonsspital in keinem Zusammenhang mit der Rechtsform gestanden hätten. Und die Überführung der heutigen Rechtsform der Aktiengesellschaft in eine öffentlich-rechtliche Anstalt bringe keine Vorteile für die Qualität der Gesundheitsleistungen und damit für die Patienten.

LSVA

Stichentscheid schaffte Klarheit

opp. Es war bereits der sechste Versuch von Kantonsräten, die LSVA-Einnahmen anderweitig verwenden zu können. Diesmal forderte Thomas Lötscher (FDP, Neuheim) in einer Motion, ein Teil davon für die externen Kosten des Verkehrs (Unfallverhütung, Lärmschutz, Gesundheit und Umwelt) einzusetzen. Während FDP, SVP und die Mehrheit der CVP dafür waren, sprachen sich die Regierung sowie AGF und SP dagegen aus. Kritisiert wurde vor allem, dass dafür ein neues Kässeli geschaffen werden solle, was der Motionär jedoch bestritt.

Letztlich kam es zu einer Pattsituation: 31 Kantonsräte stimmten für Erheblicherklärung der Motion, 31 dagegen. Ratspräsident Bruno Pezzatti fällt dann den ersten Stichentscheid, seit er im Amt ist – und erklärte die Motion für nicht erheblich.

Stimm- und Wahlrecht

Auslandschweizer: Keine Mitsprache

opp. Die ehemalige SP-Kantonsrätin Christina Bürgi Dellsperger forderte in einer Motion, die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Auslandschweizer – zu denen zählt sie heute selber. «Das würde die politische Verbundenheit aufrecht erhalten», argumentierte Alois Gössi (SP, Baar), der ihren Vorstoss nun im Rat vertrat. Seine Fraktion sowie der grösste Teil der AGF, die Mehrheit der FDP und die Regierung sprachen sich dafür, SVP und CVP dagegen aus. Das lokale Geschehen im Ausland mitzuvollziehen, sei schwierig, argumentierten die Gegner. Zudem solle man die Gesellschaft dort mitgestalten, wo man lebe, und nicht, wo man herkomme. Der Rat lehnte den Vorstoss mit 37 zu 28 Stimmen ab.

Skating- und Veloweg

7 Millionen waren dem Kantonsrat zu viel

ft. Die Absicht der Regierung, das Sihltal für den Langsamverkehr besser zu erschliessen, scheiterte. Das Geschäft, initiiert von Anna Lustenberger und Berty Zeiter (beide AGF, Baar), wurde buchstäblich in die Einzelteile zerlegt und endete in einem SVP-internen Kampf. Zeiter und Lustenberger hatten einen Bericht über den Ausbau von Velo- und Skating-Verbindungen ins Sihltal verlangt.

Eine Sportanlage?

Beat Zürcher (SVP, Baar) wollte die Motion nur teilerheblich erklären lassen. Das heisst: Die SVP sprach sich nur für den Veloweg aus. Für die Skater gebe es genug andere und viel attraktivere Möglichkeiten, als ins Sihltal zu gelangen. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimme

ebenfalls nicht. «Die rund 7 Millionen Franken für eine Skater- und eine Bikerstrecke, die möglicherweise sehr wenig befahren wird, ist zu teuer.» Sein Fraktionskollege Felix Häcki (Zug) ging noch einen Schritt weiter und beantragte die vollumfängliche Ablehnung. Eine Skaterstrecke sei eine Sportanlage und deshalb nicht vom Kanton zu finanzieren. Ansonsten erwarte er dies auch für die Langlaufstrecke auf dem Zugerberg. Baudirektor Heinz Tännler kämpfte vehement für den Ausbau. Er versprach selbst Kosten-Optimierungen. Andererseits bestritt er vehement, dass es sich hier um eine Sportanlage handle. «Dann wären die Strassen und Trottoirs um den Zugersee ja auch Sportanlagen.» Mit 41 zu 12 sprach sich der Rat für einen Veloweg aus.

Zuger Kantonalbank

Mehrheit verteidigt Banker-Saläre

opp. AGF-Kantonsrat Andreas Hürlimann (Steinhausen) stossen die hohen Löhne der Geschäftsleitung und des Bankrates der Zuger Kantonalbank sauer auf. In einer Interpellation wollte er die Hintergründe für die Höhe der Saläre wissen. Nicht nur er, sondern auch die SP störte sich ob der «ethisch nicht gerechtfertigten Löhne», wie sie Markus Jans (SP, Zug) bezeichnete. «Die Regierung unterlässt es, hier klare Signale zu setzen, obwohl er die Möglichkeit dazu hätte.» FDP, SVP und der Zuger Finanzdirektor Peter Hegglin nahmen die Saläre hingegen in Schutz. «Man scheint nicht zu wissen, was der Bankrat wirklich macht», sagte beispielsweise Felix Häcki (SVP, Zug). Und Hegglin: «Die Zuger Kantonalbank hat sich sehr gut positioniert.»

Jugendpolitik

Eltern wären in der Pflicht

ft. Die SP vermisste die Nachhaltigkeit in der Jugendpolitik und fragte mit einer Motion und einem Postulat nach. Regierungsrat Beat Villiger wiederholte, dass es genügend Angebote für die Jugend gebe. Sie würden nur zu wenig konsequent genutzt. Hubert Schuler (SP, Hünenberg) gab sich damit nicht zufrieden. Im Namen seiner Fraktion beantragte er, die Frühförderung (Risikofamilien bei der Erziehungsarbeit unterstützen) auszubauen, eine Meldepflicht für stellenlose Jugendliche einzuführen und die Aufsichtspflicht der Eltern konsequent durchzusetzen. Einzig bei der Inpflichtnahme der Eltern fanden die Sozialdemokraten Unterstützung. Mit 26:25 wurde aber auch dieser Punkt abgelehnt.

«Ganzkörper-ausschlag»

«Die ausserordentliche Sitzung mitten im Monat hat einen Vorteil: Wir können unserem Landschreiber Tino Jorio zum Geburtstag gratulieren.»

Die Gratulation von Ratspräsident Bruno Pezzatti (FDP, Menzingen) wird mit kräftigem Applaus des Rates quittiert. Landammann Peter Hegglin überreicht Tino Jorio aus diesem Anlass eine Flasche Wein, die umgehend unter Jorios Pult verschwindet.

AUFGESCHNAPPT

«Man sollte die Löhne der Bankmanager an den Markt heranzuführen.» Bei diesem Ausdruck bekomme ich einen Ganzkörper-ausschlag.»

Martin Stuber (AGF, Zug) bei der Debatte über die Entlohnung der Geschäftsleitung und des Bankrates der Zuger Kantonalbank.

«Eingeladen wird man zu einem Grillfest oder einer Geburtstagsparty, aber sicher nicht zu einem Elterngespräch.»

Thomas Lötscher (FDP, Neuheim) über Pflicht und Kür bei der Debatte zur Jugendpolitik.

«Namens der ZVB darf ich erwähnen, dass sie ohne Gegenstimme für die Erheblicherklärung ist.»

Andreas Hausheer (CVP, Steinhausen) hat vor lauter Überwachungskameras in ZVB-Bussen das Verkehrsunternehmen und die eigene Fraktion auseinanderzuhalten.

«Man könnte noch länger darüber reden. Ich schliesse aber hier mein länger vorbereitetes Votum.»

Gesundheitsdirektor Joachim Eder verkürzt die sonst schon länger dauernde Ratssitzung.

So leicht lasse ich mich vom Regierungsrat nicht abspiesen, auch wenn wir der gleichen Partei angehören.»

Felix Häcki (SVP, Zug) bringt seine Meinungsverschiedenheit mit Baudirektor Heinz Tännler zum Ausdruck.